

Identität und Arbeitsmarkt

Zur Ambivalenz des Grenzgängerdiskurses

Christian Wille

Bereits seit Beginn der 80er Jahre übersteigt die ArbeitskräfteNachfrage in Luxemburg die des lokalen Arbeitskräfteangebots und die Unternehmen greifen auf Grenzpendler aus den Nachbarregionen zurück. Im Juni dieses Jahres wurden 133.400 Grenzgänger gezählt, von denen über die Hälfte aus Frankreich kommt (51%), gefolgt von Belgien (26%) und Deutschland (23%).¹ Sie stellen 42,5% der im Großherzogtum beschäftigten Arbeitnehmer – im Jahr 1980 lag ihr Anteil noch bei 9%. Während die wachsenden Einpendlerzahlen die Arbeitsmärkte der Nachbarregionen entlasten und die konjunkturelle Entwicklung im Großherzogtum vorantrei-

ben, macht sich in Luxemburg mancherorts Unmut breit, wie eine langjährige Grenzgängerin aus Lothringen berichtet: « Je trouve que les gens deviennent de plus en plus nationalistes, parce qu'ils en ont marre, quand ils veulent acheter leur croissant le matin, de devoir parler français. Ce sont les choses qui dérangent certaines personnes. Ils se sentent un peu envahis, mais tout seuls, ils ne peuvent pas faire rouler le pays comme il faudrait. Je pense que les Luxembourgeois le savent, mais d'un autre côté, ils se sentent dérangés dans le quotidien. » Hier erscheint das Grenzgängerwesen weniger im Lichte des Arbeitsmarkts, denn vielmehr in seiner gesellschaftlich-

lebensweltlichen und damit auch identitätsrelevanten Dimension. Dass sich beide Seiten der Grenzgängermedaille in Luxemburg oft überlagern und diskursiv vermengt werden, ist Gegenstand dieses Beitrags.

Grenzgänger: Eine Gefährdung für die luxemburgische Sprache und Kultur?

Grenzgänger rückten schon Ende der 80er Jahre ins Zentrum identitätsbezogener Diskurse – etwa als sich die National Bewegong und Eislécker Fräheetsbewegong für Grenzgänger und damit gegen Einwanderung aussprachen.² Denn Grenzgänger verschwanden ja (nachts) wieder, erfordern keine Integrationsbemühungen und kosten keine Steuergelder, so ihre (fragliche) Argumentation. Nachdem das Grenzgängerphänomen dann 1993 anlässlich einer Tagung in raumplanerischer Perspektive öffentliche Beachtung fand,³ gewann in den 90er Jahren das Thema der Jobkonkurrenz zwischen Ansässigen und Grenzgängern zunehmend an Bedeutung – ein Thema, das bis heute nichts an seiner Aktualität eingebüßt hat und dessen Diskussion stets ähnlichen Argumentationslinien folgt. Sie



treten wieder deutlich hervor, seitdem die Arbeitslosenquote bei steigenden Grenzgängerzahlen wächst. Die Verantwortlichen für diese paradoxe Situation werden gewöhnlich mit dem Hinweis ausgemacht, dass gut zwei Drittel der jährlich neu geschaffenen Arbeitplätze von Grenzgängern besetzt werden und (nur) ein Drittel auf Ansässige entfällt. Die Grenzgänger nehmen also die Arbeitsplätze weg (?).

Inwiefern diese Auffassung in Luxemburg und anderen Einpendlerregionen vorherrscht, wurde in einer grenzüberschreitenden Befragung untersucht.⁴ Insgesamt 458 Grenzpendler⁵ mit Arbeitsort in der Großregion⁶ sollten angeben, welche der jeweils vorgegebenen Aussagen sie bereits von Ansässigen ihrer Arbeitsregion gehört hatten. Die Ergebnisse zeigen, dass in der Großregion insgesamt eine „gefühlte“ positive Haltung gegenüber Grenzpendlern vorherrscht, wenngleich die Meinung, Grenzgänger würden Ansässigen die Arbeitsplätze wegnehmen, mit 60% der Zustimmungen ein außerordentliches Gewicht erlangt. Werden die Angaben der Befragten nach ihren Arbeitsregionen verglichen, zeichnet sich für das Großherzogtum eine besonders positive Haltung gegenüber den Pendlern ab. Hier wird der Aspekt der „willkommenen Arbeitskraft“ (70,9%) im Gegensatz zu den Arbeitsregionen Saarland und Wallonie stärker betont als die Arbeitsmarktkonkurrenz (54,4%). Für Luxemburg – in Abgrenzung zum Saarland und zur Wallonie – ist an dieser Stelle weiter bemerkenswert, dass gegenüber der Meinung, Grenzgänger seien eine kulturelle Bereicherung (27%), die Einstellung überwiegt, sie seien eher eine Gefährdung für die luxemburgische Sprache und Kultur (30%) – und damit eine „Bedrohung“ für wichtige Identifikationsanker. Festzuhalten ist daher, dass im Großherzogtum das durch Grenzgänger induzierte materielle Konkurrenzmoment (Arbeitsmarkt) eine vergleichsweise nachgelagerte Rolle spielt, hingegen erlangt das immaterielle Konkurrenzmoment (Identität) im Vergleich der Arbeitsregionen einen hohen Stellenwert. Vor diesem Hintergrund ist es interessant die Arbeitsmarktdebatte im Großherzogtum dahingehend zu hinterfragen, inwiefern es sich dabei um identitätsbezogene Diskurse handelt, die durch die Betonung materieller Konkurrenzmomente ihren Ausdruck finden.

Öffentlicher Dienst: Die letzte nationale Bastion in Gefahr?

Pointierte Verlautbarungen zur Arbeitsmarktkonkurrenz waren im Frühjahr dieses Jahres von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes CGFP zu hören: Es könnte nicht sein, dass man mit luxemburgischen Arbeitsplätzen den Arbeitsmarkt der Großregion sanieren wolle, statt den nationalen Arbeitsmarkt wieder auf Vordermann zu bringen.⁷ Damit richten sich die Gewerkschaftsvertreter gegen eine weitere Öffnung des öffentlichen Dienstes für Nichtluxemburger. Der Staatsdienst ist nahezu die letzte Branche, die aufgrund der Nationalität⁸, der erforderlichen Sprachkompetenzen

Grenzgänger rückten schon Ende der 80er Jahre ins Zentrum identitätsbezogener Diskurse – etwa als sich die „National Bewegong“ und „Eislécker Fräiheetsbewegong“ für Grenzgänger und damit gegen Einwanderung aussprachen.

und mangelnder persönlicher Kontakte noch nicht von Grenzgängern „erobert“ wurde: 90% der Arbeitsplätze werden hier von Luxemburgern besetzt, 8% von ansässigen Ausländern und lediglich 2% entfallen auf Grenzgänger.⁹ Außerdem ist zu beobachten, dass Luxemburger zunehmend aus der Privatwirtschaft flüchten und sich in den Staatsdienst – unter ihresgleichen – retten.¹⁰ Die CGFP kommt zwar ihrem originären Auftrag nach, wenn sie Arbeitnehmerinteressen bzw. diesen „Ort der nationalen Zuflucht“ schützt und weiter anführt, dass sich mit jedem zusätzlichen Pendler die Arbeitslosigkeit im Großherzogtum erhöhe. Aber die Abhängigkeit Luxemburgs und damit die Notwendigkeit von externen Arbeitskräften wird, wie vom Interregionalen Gewerkschaftsrat in einer Stellungnahme¹¹ bekräftigt, bei dieser Argumentation ausgeblendet – wohl auch, weil es vielmehr um die Verteidigung der „letzten nationalen Bastion“ geht. Doch der vielerorts implizit oder explizit geäußerte Gedanke, die eigenen Arbeitslosen anstelle von Grenzgängern zu beschäftigen, greift – und das sollte ebenso Gewerkschaftsvertretern wie auch breiten Bevölkerungs-

schichten einleuchtend sein – zu kurz. Oder wie es von einem französischen Grenzgänger-Interessensvertreter heißt: « C'est un calcul un peu simpliste. » Denn einerseits werden zunehmend mittlere und höhere Qualifikationen am Arbeitsmarkt nachgefragt, andererseits registriert die ADEM immer mehr Arbeitssuchende mit geringer Schulbildung oder Langzeitarbeitslose. Die luxemburgische Arbeitslosenquote ist also weniger einem Verdrängungswettbewerb geschuldet, denn vielmehr strukturell bedingt.¹² Die Stellhebel für eine bessere Arbeitsmarktintegration von Luxemburgern sind daher vor allem in bildungspolitischen Anstrengungen zu suchen und weniger in einer protektionistischen Haltung gegenüber dem Grenzgängerwesen. Oder geht es im Grunde doch eher darum, dass „es mit den Grenzgängern langsam etwas Überhand nimmt im Ländle“, wie ein Pendler das Stimmungsbild in Luxemburg wiedergibt?

„In Luxemburg besteht eben die Gefahr, dass sich da etwas auflöst.“

In der genannten Studie wurden die in Luxemburg beschäftigten Grenzgänger weiterführend befragt, wie sie glauben aus den Augen der Ansässigen betrachtet zu werden. Während die Mehrheit sinngemäß das Bild des „notwendigen Übels“ nachzeichnet, das die Rolle des Jobkonkurrenten mit der Notwendigkeit ihrer Arbeitskraft und Qualifikation vereinen soll, sind die Befragten wenig sensibel für Identitätsfragen. Vielmehr wünschen sie mehr Anerkennung seitens der Luxemburger: „Ich finde die Luxemburger müssten auch ein bisschen von ihrem hohen Ross herunterkommen und anerkennen, dass wir denen keine Arbeitsstellen wegnehmen, sondern das Land auf Kurs halten – und dass wir [Grenzgänger] uns das unter Umständen auch nicht ausgesucht haben.“ Hingegen thematisieren luxemburgische Interviewpartner (mittlere Führungskräfte) hinsichtlich des Grenzgängerwesens neben der benötigten und nützlichen Arbeitskraft der Pendler vor allem identitätsbezogene Aspekte: Grenzgänger sollten sich mehr anpassen, Luxemburgisch sprechen und dankbar sein, in Luxemburg arbeiten zu dürfen. Zwar dürfe niemandem seine Mentalität genommen werden, aber „in Luxemburg besteht eben die Gefahr,

dass sich da etwas auflöst.“ Besonders augenfällig – wohl auch weil unmittelbar erfahrbar – ist der Unmut darüber, nicht in der eigenen Muttersprache einkaufen zu können: „Wenn ich hier in Luxemburg in Geschäfte gehe, dann muss ich französisch sprechen. Das kann nicht sein. (...) Da müssten wir Luxemburger sturer sein und sagen: „Ey, ihr kommt zu uns und verdient viel Geld, also bringt uns auch etwas entgegen. Akzeptiert unsere Kultur, sprecht unsere Sprache!“⁷

Jobkonkurrenz: nur die Spitze des Eisbergs

Gerade im letztgenannten Zitat zeichnet sich eine ‚gefühlte Bedrohung‘ ab, die sich weniger am arbeitsmarktbezogenen Konkurrenzmoment festmacht, denn vielmehr immateriell motiviert ist. Gleichwohl ist das Argument der Jobkonkurrenz von Bedeutung; auch im Diskurs der CGFP wird es explizit bemüht. Werden aber die Hintergründe ausgeleuchtet, so zeigt sich im hervorgebrachten materiellen Konkurrenzmoment nur die Spitze des Eisbergs. Darunterliegend befindet sich oft ein identitätsbezogener Diskurs, der mancherorts auch unter dem Stichwort der „Überfremdung“ zum Vorschein tritt. Die Verschachtelung dieser Dimensionen sollte gesellschaftspolitische Akteure stärker als bisher für Fragen des sozialen Zusammenhalts (und für die eigenen Diskurse) sensibilisieren. Denn angesichts vorliegender Prognosen, wie etwa dass im Jahr 2055 ca. 320 000 Grenzgänger im Großherzogtum erwartet werden bzw. in den 2040er Jahren die Inländer¹³ von der Grenzgängerbeschäftigung überholt werden soll,¹⁴ kann sich die Dualität von materiellen und immateriellen Konkurrenzmomenten in Arbeitsmarktdiskursen mittelfristig weiter zuspitzen.

⁷ Vgl. www.statec.lu/IGSS.

² Vgl. forum Nr. 111, April 1989.

³ « Le travail frontalier au sein de la Grande Région dans l’optique de l’Aménagement du Territoire ». Colloque du ministère de l’Aménagement du territoire, 26 et 27 octobre 1993 au Centre de conférence à Luxembourg-Kirchberg.

⁴ Es handelt sich dabei um eine Studie im Rahmen des Promotionsprojekts des Autors „Soziokulturelle Implikationen grenzüberschreitender Arbeitnehmermobilität am Beispiel der Großregion“.

⁵ Überwiegend Personen des Verarbeitenden Gewerbes mit mittlerer Bildungsstufe (ISCED 3).

⁶ Dies umschließt in diesem Zusammenhang das Saarland, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und die Wallonie.

⁷ Vgl. „Gewerkschafter machen heftig Front gegen Pendler“ in Saarbrücker Zeitung vom 6.3.2007.

⁸ Für EU-Staatsangehörige ist rechtlich gesehen eine Tätigkeit in den Bereichen Forschung, Bildung, Gesundheit, Schienen- und Straßenverkehr, Post, Telekommunikation, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsunternehmen möglich. Streng hoheitliche Aufgaben sind – wie in anderen EU-Staaten auch – den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten.

⁹ Vgl. Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion (4. Bericht). Saarbrücken, 2006.

¹⁰ So weist die öffentliche Verwaltung zwischen 1998 und 2005 mit 5 800 Stellen die größte Beschäftigungsentwicklung unter den Luxemburgern auf; die Grenz-

gängerbeschäftigung wächst mit 11 000 Stellen am stärksten im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen (Privatwirtschaft); vgl.: ebd., S. 42.

¹¹ Der Interregionale Gewerkschaftsrat Saar-Lor-Lux-Trier/Westpfalz reagierte auf die Verlautbarungen der CGFP mit einer Pressemitteilung (8.3.07) mit dem Titel „GrenzgängerInnen sind der Trumpf in der Großregion“.

¹² Vgl. weiterführend: Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle: Der Arbeitsmarkt in der Großregion bis 2020. Bielefeld, Bertelsmann, 2007, S. 67ff.

¹³ Luxemburger und ansässige Ausländer.

¹⁴ Vgl. STATEC: Potentiel de croissance économique et Démographie. Projections 2005-2055. Bulletin du STATEC, n° 4/2005.

Et l’identité démocratique ?

L’identité démocratique est solidement ancrée dans les gènes au Grand-Duché. Parmi les premiers pays d’Europe à accorder le droit de vote aux femmes, le Luxembourg se fait cependant tirer l’oreille pour remettre à flot le suffrage universel en l’étendant à des résidents porteurs d’autres passeports. Nul n’ignore que l’avancée de 1919 a permis au parti de la droite (ancêtre du CSV) de ratisser large parmi la gent féminine. Jean-Claude Juncker ne ferait-il pas un tabac parmi l’électorat des étrangers : une bonne dose de conservatisme à la sauce moderne ne saurait-elle tout autant enchanter des personnes allochtones ?

Il y a eu quand même du chemin parcouru depuis qu’une Viviane Reding estimait le 26 septembre 1987 dans les colonnes du *Luxemburger Wort* que tous les Luxembourgeois raisonnables refusaient strictement le droit de vote (communal). Aujourd’hui, on en admet le principe, tout en maintenant des exceptions et dérogations qui vident ce même principe de son contenu.

Dans notre conception de la démocratie, le suffrage universel joue un rôle essentiel, sa mise en cause par l’exclusion *de facto* d’une partie de plus en plus grande de la population constitue une menace pour notre identité démocratique. Il y a sans doute encore du chemin à parcourir pour admettre une pleine citoyenneté de résidence et non de descendance ou par l’acquisition de la nationalité.

Donnons la parole à Lionel Fontagné dans son rapport sur la compétitivité : « Enfin, rien de décisif ne pourra probablement se faire sans modifier l’équilibre de l’économie politique. De ce point de vue la situation dans laquelle l’essentiel de la dynamique de l’emploi repose sur les salariés migrant ou commutant, alors que le vote est concentré sur les inactifs ou les actifs de la sphère publique, est une source de blocage à laquelle un réexamen des questions de double nationalité et de participation politique des étrangers aux scrutins permettrait d’apporter une solution. »

L’élément essentiel de l’identité des Luxembourgeois ne peut consister à confier les clés de l’avenir non pas aux jeunes, mais aux vieux et aux inactifs plutôt qu’aux actifs.

Serge Kollwelter

Dans son livre *Identité et violence*, Amartya Sen, prix Nobel d’économie, originaire de l’Inde et professeur d’université dans le monde anglo-saxon, balaie l’idée d’une identité unique, alors même que cette façon de voir est utilisée par plus d’un pour instrumentaliser le concept même d’identité. Pour Sen, l’être humain se caractérise par des appartenances multiples : à un sexe, à un lieu, à une origine géographique, à une classe sociale, à des opinions politiques, à une profession, à des habitudes alimentaires, à des pratiques de sport, à des goûts musicaux, à la citoyenneté, etc. Nous appartenons à une variété de groupes et notre identité personnelle se nourrit de nombreuses sources.

Odile Jacob, Paris 2007